

7. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorespondenz.

3. Juli 1947.

115/J

Anfrage

der Abgeordneten Reismann und Genossen
an den Bundesminister für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung,
betreffend die Wiederbestellung eines in Strafuntersuchung befindlichen
Beamten zum Leiter einer Abteilung.

-.-.-.-.-

Am 15. Jänner 1946 wurde gegen Dr. Josef Nowak wegen § 101, Mißbrauch der Amtsgewalt, und § 104, Geschenkannahme in Amtssachen, die Strafanzeige erstattet. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen. Nichtdestoweniger wurde Dr. Nowak vor wenigen Tagen wieder zum Leiter der Abteilung "Öffentliche Verwaltungen" im Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung bestellt.

Diese Tatsache ist beunruhigend und äußerst aufklärungsbedürftig.
Aus diesem Grund stellen die unterzeichneten Abgeordneten folgende

Anfrage:

Ist der Herr Bundesminister bereit zu erklären, wieso es möglich war, daß ein Beamter, gegen den eine Strafuntersuchung läuft, die zu seiner Versetzung aus der Abteilung geführt hat, nun wieder in dieselbe Abteilung und sogar als Leiter rückversetzt wird?

Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Bundesminister zu ergreifen, um diese unerträgliche Situation raschest zu beseitigen?

-.-.-.-.-